07. Dezember 2007, von Michael Schöfer
Reiner Populismus

Natürlich treibt es einem die Zornesröte ins Gesicht, wenn Manager ein Vielfaches ihrer Beschäftigten kassieren. So soll etwa Porsche Chef Wendelin Wiedeking im vergangenen Geschäftsjahr 56 Mio. Euro bekommen haben. Doch Porsche geht es gut. Viel schlimmer ist, wenn Manager versagen und trotzdem mit etlichen Millionen abgefunden werden. Bundespräsident Horst Köhler, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (alle CDU) haben sich zuletzt gegen übertrieben hohe Manager-Gehälter ausgesprochen und sogar den Eindruck erweckt, sie würden eventuell eine gesetzliche Obergrenze einführen. Gewissermaßen als Pendant zum Mindestlohn: den Höchstlohn.

Derartige Forderungen kommen beim Publikum gut an, dennoch sind sie nichts anderes als reiner Populismus. Ein gesetzlicher Höchstlohn würde schon allein an der Verfassung scheitern. Den Eigentümern der Unternehmen (Aktionäre) vorzuschreiben, wie gut sie ihre Angestellten (Manager) bezahlen dürfen, ist in meinen Augen eindeutig verfassungswidrig. Im Gegensatz zum gesetzlichen Mindestlohn, der ohne Zweifel sinnvoll und geboten ist, darf man nämlich immer zu Gunsten eines Beschäftigten handeln. Nach oben ist die Gehaltsgrenze also offen - ob einem das gefällt oder nicht. Selbstverständlich wissen das auch die Politiker.

Die hohen Manager-Gehälter sind zwar in der Tat ärgerlich, aber sie sind nicht das eigentliche Problem. Sie werden momentan bloß als Problem wahrgenommen, weil die Realeinkommen der breiten Masse seit langem sinken. Mit anderen Worten: Es ist der Kontrast, der als störend empfunden wird. Hier für den Durchschnittsverdiener schier unfassbare Summen als Manager-Gehalt, dort teilweise bis an die Schmerzgrenze zurückgehende Einkommen für die Arbeitnehmer.

Einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung "zufolge sank die sogenannte Nettolohnquote im ersten Halbjahr 2007 mit 38,8 Prozent auf einen historischen Tiefstand. Das bedeutet: Die ausgezahlten Nettolöhne machten nur noch 38,8 Prozent des privat verfügbaren Volkseinkommens aus. 2006 lag der Wert noch bei 40,5 Prozent, zu Beginn der Messungen im Jahr 1960 konnten die Beschäftigten sogar 56 Prozent des Volkseinkommens ausgeben. Ganz anders entwickeln sich die Einkünfte aus Vermögen und Unternehmensgewinnen: Sie legten in diesem Jahr um mehr als neun Prozent zu. Damit entfällt inzwischen mehr als ein Drittel der Nettoeinkommen auf die vergleichsweise kleine Bevölkerungsschicht mit diesen Einnahmen. 1960 war es lediglich ein Viertel gewesen." [1]

Köhler, Merkel & Co. wollen mit billigem Populismus nur von ihrer Verantwortung für diese desaströse Entwicklung ablenken. Manager-Bashing ist eben en vogue und kostet nichts. Darüber hinaus hat es für die Manager - außer weiterem Ansehensverlust - keine Folgen, insbesondere nicht für ihr Gehalt (siehe oben). Es wäre besser, die Politiker würden sich gegen die Reallohnverluste der Durchschnittsarbeitnehmer einsetzen und der Ausbeutung mit einem gesetzlichen Mindestlohn bzw. der Armut mit der Abschaffung von Hartz IV entgegentreten. Doch ausgerechnet hier werden unsere Politiker, die sich sonst gerne lauthals für den "kleinen Mann auf der Straße" einsetzen, plötzlich kleinlaut. Kein Wunder, müssten sie doch ihre eigenen Schandtaten korrigieren. Populismus ist bequemer.

Wendelin Wiedeking kann seine 56 Millionen ruhig behalten. Vorausgesetzt, allen anderen geht es ebenfalls gut, ist nichts dagegen einzuwenden.

[1] Märkische Allgemeine vom 30.11.2007

© Michael Schöfer, Kleinfeldstr. 27, 68165 Mannheim
URL des Artikels: www.michael-schoefer.de/artikel/ms0488.html